

Małgorzata Świder

<https://orcid.org/0000-0002-4354-3641>

Universität der Kommission für Nationale Bildung in Krakau

Der DGB und die Außenpolitik der Bundesregierung zum östlichen Europa unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-polnischen Beziehungen in den achtziger Jahren

Inhaltsübersicht: Das Engagement des DGB in der Ostpolitik ist untrennbar mit der Politik der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Gemeinsam mit dieser Partei durchlief der DGB alle Phasen ihrer Entwicklung. Eine besondere Rolle spielte der DGB in den 1980er Jahren. Damals befand sich Polen in einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. In dieser Zeit knüpfte der DGB vielfältige Kontakte zur Gewerkschaft NSZZ Solidarność und zur Opposition. Dabei nutzte er sowohl seine organisatorischen Erfahrungen als auch seine internationalen Verbindungen (u. a. nach Moskau) sowie die zwischenmenschlichen Kontakte und wurde insbesondere für die Bundesregierung der SPD/FDP-Koalition zu einem wichtigen Partner bei der Gestaltung der bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen.

Zarys treści: Zaangażowanie DGB w *Ostpolitik* jest nierozdzielnie związane z polityką niemieckiej socjaldemokracji. Wraz z tą partią, DGB przeszła przez wszystkie etapy jej rozwoju. Szczególną rolę odgrywała DGB w latach 80. XX w. Polska przeżywała wówczas głęboki kryzys gospodarczy, społeczny i polityczny. W tym czasie DGB nawiązała z Solidarnością i opozycją szerokie spektrum kontaktów, korzystając przy tym zarówno ze swoich doświadczeń organizacyjnych, jak i powiązań międzynarodowych (w tym także z Moskwą), a także kontaktów międzyludzkich, stając się istotnym partnerem dla rządu federalnego w kształtowaniu bilateralnych relacji polsko-niemieckich.

Outline of content: The involvement of the German Confederation of Trade Unions (DGB) in *Ostpolitik* is closely tied to the politics of German Social Democracy. Alongside this party, the DGB has gone through all stages of its development. The DGB played a significant role in the 1980s when Poland faced a severe economic, social, and political crisis. During this time, the DGB established extensive contacts with Solidarity and the opposition, utilising its organisational expertise, international connections (including ties to Moscow), and people-to-people interactions. As a result, it became an important partner for the federal government in shaping bilateral Polish-German relations.

Schlagwörter: Ostpolitik, DGB, westdeutsche Außenpolitik, Gewerkschaften, Ostblock, deutsch-polnische Beziehungen

Słowa kluczowe: *Ostpolitik*, DGB, zachodniemiecka polityka zagraniczna, związki zawodowe, blok wschodni, stosunki polsko-niemieckie

Keywords: *Ostpolitik*, DGB, West German foreign policy, trade unions, Eastern bloc, German-Polish relations

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Der DGB wurde als autonome Organisation aufgebaut, die von Regierungen, Religionsgemeinschaften, politischen Parteien, der Verwaltung und den Arbeitgebern unabhängig ist, was allerdings keine politische Neutralität oder apolitische Haltung bedeutet. Unter den Mitgliedern von Gewerkschaften ist es üblich, ein doppeltes Mandat zu haben: der Gewerkschaft und der Partei (meistens der SPD), was insbesondere die Führungsposition des DGB betrifft.¹ Der DGB ist außerdem als Organisation wahrzunehmen, die in der Außenpolitik der Bundesrepublik eine gewisse, wenn auch wesentlich beschränkte Funktion erfüllt. Vor allem vertritt er die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder in internationalen Organisationen und unterstützt die Gewerkschaftsbewegung in Drittländern. Zu Zeiten des Kalten Kriegs war er Partner der Bundesregierung bei Kontakten nach Osteuropa und gestaltete die neue Ostpolitik der SPD mit.

Der vorliegende Text unternimmt den Versuch, die Frage nach der Kraft des Engagement des westdeutschen Gewerkschaftsbundes für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten des Ostblocks zu beantworten, die am Beispiel der deutsch-polnischen bilateralen Beziehungen in den 1980er Jahren untersucht wird. Die Volksrepublik Polen befand sich als Staat damals in einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. Damals entstanden der Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaftsbund (poln. NSZZ „Solidarność“) und die gesellschaftliche Bewegung der Solidarność, Wojciech Jaruzelski verhängte am 13. Dezember 1981 den Kriegszustand, außerdem wurde von der Regierung

¹ Zu den Beziehungen SPD–DGB siehe u. a.: H. Hönigsberger, *Der parlamentarische Arm: Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung*, Berlin, 2008; M. Schneider, *Darstellung zur Geschichte des Bündnisses von SPD und Gewerkschaften*, in: J. Langkau, H. Matthöfer, M. Schneider (Hrsg.), *SPD und Gewerkschaften – Zur Geschichte eines Bündnisses*, Bd. 1, Bonn, 1994, S. 12–74; W. Schröder, *SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft*, „WSI-Mitteilungen [Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hans Böckler Stiftung)]“, 2008, Nr. 5, https://www.wsi.de/data/wsimit_2008_05_schroeder.pdf (abgerufen: 25.6.2022).

in Warschau der Versuch unternommen, den Staat im Rahmen der bestehenden Verschärfungen des Systems zu reformieren. Diese Umbruch-Dekade der neuesten Geschichte Polens schließt mit Gesprächen und einer Einigung am Runden Tisch und halbfreien Parlamentswahlen im Jahr 1989 ab, die dem Land den Prozess eröffnen, den Weg zu demokratischen Veränderungen zu gehen. Eine zweite grundlegende Forschungsfrage ist die Frage nach möglichen Korrelationen zwischen der Ostpolitik der Bundesrepublik und der Arbeit des DGB in diesem Bereich. Um die so gestellten Fragen zu beantworten, ist in erster Linie über die realen Einflussmöglichkeiten des DGB auf die Ost-West-Beziehungen nachzudenken, darunter vor allem über die personellen Ressourcen der Gewerkschaften² und die internationale Position der Mitglieder und Funktionäre des DGB. Interessant sind dabei die Querverbindungen und Kontakte der DGB zur SPD. Wesentlich ist außerdem, den Prozess der Gestaltung der Gewerkschaftsbeziehungen zwischen Ost und West im untersuchten Zeitraum zu beachten, aber auch konkrete Aktionen, die vom DGB eigenständig und in Kooperation mit politischen Parteien (vor allem der SPD) durchgeführt wurden.

Typisch für das deutsche Modell der Funktionsweise von Gewerkschaften, vor allem für den DGB, ist deren internationales Engagement, was aus der Tradition des DGB resultiert, andererseits das „Produkt“ der politischen Lage Nachkriegsdeutschlands war. In den ersten Jahren nach dem Krieg war wichtig, angesichts der beschränkten Souveränität des Staates, Maßnahmen zu ergreifen, um die Anerkennung und Gleichberechtigung von Westdeutschland auf internationaler Ebene zu erlangen. Die demokratischen Gewerkschaften der Bundesrepublik, insbesondere die links orientierten, weil sie keine nationalsozialistische Vergangenheit hatten, konnten die Rolle eines „Players“ in den internationalen Beziehungen und sogar in der Außenpolitik übernehmen. Sprachen dafür, wie Fritz Rück im Jahr 1952 überzeugte, folgende Argumente: die Struktur des DGB – der Bund als einheitliche Gewerkschaft wies Parteibindungen zurück, wurde zum unabhängigen politischen Faktor von erstrangiger Bedeutung; Zahl und Kraft der Mitglieder des Bundes, aber auch die sozialen Funktionen, die er erfüllte; Stabilität – angesichts fehlender Kontinuität und Stabilität politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehungen in der Bundesrepublik und des laufenden Prozesses des Aufbaus des westdeutschen Staates waren die Gewerkschaften das stabilste und sicherste Fundament der Demokratie.³

Die vielfältigen internationalen Engagements sind das Markenzeichen der deutschen Gewerkschaften: Der DGB ist Mitglied des Internationales Bundes Freier Gewerkschaften – IBFG, aber auch des Europäischen Gewerkschaftsbundes – EGB. Aufgrund der Mitgliederzahl und Wirtschaftskraft spielen die deutschen

² Der DGB gewann ab den siebziger Jahren neue Mitglieder. Schon im Jahr 1981 betrug ihre Zahl 7,9 Millionen, M. Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn, 1989, S. 356.

³ F. Rück, *Gewerkschaften und Aussenpolitik*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1952, Nr. 4, S. 193–195, <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1952/1952-04-a-193.pdf> (abgerufen: 25.6.2022).

Gewerkschaften in diesen Organisationen eine führende Rolle, die erfolgreich die übrigen Mitglieder beeinflusst und nicht selten Tonfall und Richtung der von ihnen geführten Politik vorgibt. Ein Element, das förderlich dafür war, dass der DGB den internationalen Organisationen seinen Willen aufzwingen konnte, waren personelle Verknüpfungen, von Beispielsweise: Heinz Oskar Vetter,⁴ Günter Stephan,⁵ Ernst Breit,⁶ Eugen Loderer.⁷ Die hier angeführten Namen zeugen nicht nur von den Einflüssen in internationalen Gewerkschaftsorganisationen, sondern auch von Verknüpfungen zwischen DGB und SPD, die praktisch bis Ende der 1990er Jahre bestanden.⁸ Das unterschied die SPD grundsätzlich von anderen Parteien, z. B. den christdemokratischen. Diese engen Beziehungen waren allerdings nicht konfliktfrei,⁹ was bereits in der Zeit, in der sich die Regierung von Helmut Schmidt dem Ende näherte, zu bemerken war.¹⁰ Diese Koabhängigkeit resultierte aus der Vergangenheit, insbesondere aus den Verbindungen im 19. Jahrhundert zwischen Partei und Gewerkschaften, die gemeinsam mit Genossenschaften die drei Pfeiler der Arbeiterbewegung bildeten. Manchmal wird die Gewerkschaftsbewegung als politisches Vorfeld der Sozialdemokratie einerseits wahrgenommen, andererseits hingegen war und ist die Sozialdemokratie natürlicher Partner der Gewerkschaften, der

⁴ Heinz Oskar Vetter war in den Jahren 1969–1982 Vorsitzender des Bundesvorstands des DGB, außerdem in den Jahren 1974–1979 Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes – EGB. Ab 1979 war er stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften – IBFG. Darüber hinaus war er Mitglied der sogenannten Trilateralen Kommission. Mehr über die Kommission: D. Knudsen, *The Trilateral Commission and Global Governance. Informal Elite Diplomacy, 1972–82*, London/New York, 2016; T. Sommer, *Heimliche Herrscher des Westens? Ihr Thema: Entspannung und Welternährung*, „Zeit Online“, 28.10.1977, <https://www.zeit.de/1977/45/heimliche-herrscher-des-westens> (abgerufen: 20.6.2022).

⁵ Günter Stephan – übte die Funktion des Geschäftsführers des DGB aus. Ab 1976 war er Vorsitzender des Internationalen Bundes der Privatangestellten – FIET.

⁶ Ernst Breit – Vorsitzender der Post-Gewerkschaft, in den Jahren 1978–1981 Präsident der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe (IPTT), ab 1982 Vorsitzender des DGB, ab 1985 Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes – EGB.

⁷ Eugen Loderer – erster Vorsitzender der IG Metall in den Jahren 1972–1983, war gleichzeitig ab 1973 Vorsitzender der IMB. Wie H. O. Vetter war auch er Mitglied der Trilateralen Kommission. Mehr zur Person von E. Loderer: K. Kempter, *Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters*, Filderstadt, 2003.

⁸ W. Schröder, *SPD und Gewerkschaften*, siehe auch: M. Schneider, *Darstellung zur Geschichte des Bündnisses*.

⁹ Mehr darüber: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 6: 1974–1982. *Bundesrepublik Deutschland, neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten*, Baden-Baden, 2008, https://www.ngzg.geschichte.uni-muenchen.de/personen/prof_geyer/geyer/geyer--sozialpolitik-1.pdf (abgerufen: 25.6.2022); *Kanzler Schmidt: Liebeswerben beim DGB*, „Der Spiegel“, 9.8.1979, <https://www.spiegel.de/politik/kanzler-schmidt-liebeswerben-beim-dgb-a-5616943f-0002-0000-0000-000040348963> (abgerufen: 25.6.2022).

¹⁰ Es besteht kein Zweifel, dass die Konflikte zwischen der Regierung und den Gewerkschaften durch wirtschaftliche Probleme begünstigt wurden, die das Kabinett H. Schmidt nicht in den Griff bekam. H. J. Küsters, *Die Wende 1982/83. Der Beginn der Ära Kohl*, „Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, 19. Jhg., 2012, S. 163.

die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungen im Bundestag hat. Wobei dieser Prozess, wie Wolfgang Schröder anmerkte, dynamisch verlief, wenngleich er Phasen der politischen Annäherung und Entfremdung beider Partner zeigt. Allerdings besteht bis heute ein interner Konsens zwischen DGB und SPD, dank vieler gegenseitiger Verbindungen, durch Wahlprogramm, Wählerschaft und Personal.¹¹

Das Engagement des DGB für die Ostpolitik der Bundesregierung ist untrennbar mit der Politik der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Der DGB hat zusammen mit der SPD alle Entwicklungsetappen der neuen Ostpolitik durchlaufen, vor allem die Transformation des Verhältnisses zur DDR, zur UdSSR und zu Polen.¹² Die Entwicklung von Kontakten nach Osten war einer der heikelsten Aspekte der deutschen Außenpolitik. In den 1950er und 1960er Jahren ordnete der DGB die Ostpolitik den allgemeinen Vorgaben der Politik der Bundesregierung unter und befürwortete eine Politik der „strategischen Anpassung“ an die Westpolitik des Kanzlers, wie Jens Hildebrandt bemerkte. Die damals beim DGB geltende Konzeption war die „ordnungspolitische Abgrenzung vom totalitären Sowjetkommunismus“.¹³ Nach dem Mauerbau 1961 bekräftigte der DGB seine ablehnende Haltung gegenüber dem Kommunismus. Der 6. DGB-Bundeskongress verankerte 1962 in seiner Satzung ausdrücklich die „Bekämpfung von faschistischen, kommunistischen, [...] und allen sonstigen antidemokratischen Einflüssen“ als Aufgabe des Bundes.¹⁴ Zur Regelung der Frage der Kontakte des DGB (und der SPD) wurden 1964 die sog. Ostkontakte-Richtlinien erarbeitet, die im Prinzip Kontakte nach Osten sehr skeptisch betrachteten.¹⁵

Die „gewerkschaftliche Ostpolitik“ wurde 1965 von Heinz Kluncker, damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), initiiert.¹⁶ Als erste Gewerkschaft in der Bundesrepublik nahm

¹¹ M. Świder, *Niemiecka Federacja Związków Zawodowych wobec wydarzeń w Polsce w latach 1980–1983*, Warszawa/Katowice, 2020, S. 25–49.

¹² W. Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischem Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, 1988.

¹³ J. Hildebrandt, *Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969. Die deutsche Frage in den deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen*, https://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/vortragsreihestiftung/vortrag_hildebrandt.pdf (abgerufen: 13.2.2022), S. 6–7.

¹⁴ M. Wilke, *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischen Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971*, Melle, 1985, S. 92.

¹⁵ *Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus. Richtlinien für Ostkontakte, Anhang: Fakten zur kommunistischen Herausforderung*, „SPD Pressemitteilung“ Nr. 41, 1.2.1960. Ein breites Spektrum an Ost-Westkontakten zeigt S. Müller, *Die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften, Entspannungspolitik zwischen Zivilgesellschaft und internationaler Politik 1969 bis 1989, Sozialdemokratie und Kommunismus*, Bonn, 2020. Die Studie (Doktorarbeit) von Jens Schultz vom 2009 ist ebenfalls erwähnenswert: *Die Auseinandersetzung der SPD mit dem Kommunismus im Zeichen der Neuen Ostpolitik 1969–1974*, https://madoc.bib.uni-mannheim.de/29348/4/Sozialdemokratie_und_KommunismusErbe2.pdf (abgerufen: 1.5.2022).

¹⁶ K. Ch. Führer, *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982*, Bielefeld, 2017.

die Gewerkschaft ÖTV Kontakt zu Gewerkschaften der Länder des Ostblocks auf. Vom 2. bis 5. September 1965 nahm Kluncker als Teilnehmer auf dem 4. Weltkongress der Internationalen Medizinischen Gesellschaft für das Studium der Lebensbedingungen und der Gesundheit in Karlsbad (CSSR) Gespräche mit Gewerkschaftern aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polen auf. Das Ziel war es „einen eigenständigen gewerkschaftlichen Beitrag zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern Deutschlands [zu] leisten“.¹⁷ Entscheidend für diese Kontakte war allerdings der Beschluss des 7. DGB-Kongresses vom Mai 1966, wonach „Informationsreisen in osteuropäische Staaten zu fördern“ seien. Noch im gleichen Jahr besuchte die erste DGB-Delegation den Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften in Moskau. Im Endeffekt kam es zum Austausch von über 30 Delegationen mit Staaten des Ostblocks (außer der DDR). Die Fortführung der bestehenden Ostkontakte wurde im August 1968, mit dem Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 28. August 1968, unterbrochen. Es ging um die Kontakte zu den fünf Warschauer Paktstaaten, die an der militärischen Intervention in der CSSR beteiligt waren.¹⁸ Die „Unterbrechung“ wurde erst aufgehoben, nachdem der 8. Ordentliche DGB-Bundeskongress im Mai 1969 in München den Bundesvorstand wieder beauftragt hatte, trotz der weiterhin scharf verurteilten Besetzung der CSSR, die Kontakte fortzusetzen und auszubauen, „soweit es die allgemeine politische Lage zulässt“.¹⁹ Ausschlaggebend für die Wiederaufnahme der Beziehungen (die Wolfgang Rudzio „Ost-Tourismus“ nannte²⁰) war vor allem die Tatsache, dass sich trotz der Vorgänge in der Tschechoslowakei die Bemühungen um eine friedliche Koexistenz zwischen Ost und West weiter entwickelten.²¹

Innerhalb weniger Jahre stieg die Zahl der Besuche und Gewerkschaftstreffen lawinenartig an, von 50 im Jahr 1970 bis zu 400 im Jahr 1974. Oskar Vetter war der Meinung, diese Besuche sollten „Verständigung und Frieden mit dem Osten“ dienen. Wobei, ähnlich wie bei der SPD, in erster Linie Kontakte auf höchster Ebene gehalten wurden. Das hatte praktische Bedeutung, unter anderem, um die Möglichkeit einer Infiltration der Gewerkschaftsstrukturen zu beschränken. Wie Herbert Wehner sagte: „Man erspart den Kommunisten die große Konfrontation, wenn man ihnen die kleine Infiltration ermöglicht“.²²

Die Öffnung des DGB nach Osten zog internationale Komplikationen nach sich. Unter anderem war das der Grund für eine Spaltung im Internationalen

¹⁷ Kluncker, Heinz (1925–2005), Digitale Bibliothek Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205g.htm> (abgerufen: 18.5.2022).

¹⁸ DGB forderte umgehend den Abzug der „Okkupationsmächte“ und beschloss, jeden Kontakt zu den Gewerkschaften dieser Länder abzurechnen. K. Ch. Führer, *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen*, S. 146.

¹⁹ Mehr zum Thema siehe: J. Hildebrandt, *Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik*.

²⁰ W. Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung*.

²¹ *Gewerkschaftspolitik. Die Ostpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-10-Gewerkschaftspolitik.pdf> (abgerufen: 25.6.2022).

²² Zit. nach: W. Rudzio, *Die Erosion der Abgrenzung*, S. 44.

Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dafür, dass der Amerikanische Gewerkschaftsverband – AFL/CIO, den IBFG verließ. Wie in der Begründung der Amerikaner angegeben wurde, strebten die kommunistischen Diktaturen einen Delegationsaustausch an, um:

„1. für die staatlichen Betriebsgewerkschaften moralische Achtbarkeit und Rechtmäßigkeit zu gewinnen,

2. die Arbeitnehmer der freien Welt dazu zu verleiten, diese von der Kommunistischen Partei geleiteten Organisationen, als echte, freie Gewerkschaften hinzunehmen,

3. kommunistische Infiltration und Unterwanderung der freien Welt zu erleichtern,

4. die expansionistischen Interessen des Sowjet-Imperialismus zu fördern“.²³

Mit der neuen Regierung (sozialliberale Koalition – SPD-FDP), neuem Bundeskanzler (Willy Brandt) und der qualitativen Änderung der Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf den Osten, begann beim DGB der Prozess der Unterlassung der strikten Abgrenzung von den kommunistischen Gewerkschaften. „Der DGB hatte die innere Abgrenzung zu den Kommunisten stillschweigend seiner Ostpolitik zum Opfer gebracht“ wie Manfred Wilke sagte. Es begann eine Zeit des engen Zusammenwirkens des DGB mit der Bundesregierung bei der Gestaltung der Ostpolitik. Das wurde durch die Existenz eines speziellen, im September 1968 einberufenen Gremiums begünstigt, des SPD-Gewerkschaftsrats, an dessen Spitze Brandt stand. Dort wurden Gespräche zwischen SPD und DGB zu „grundsätzlichen Fragen der Gesellschaftspolitik“, und zu den Fragen „der Auseinandersetzung mit extremen demokratie-feindlichen Kräften“, der Ostkontakte und der „Initiativen zur Sicherung des Friedens“²⁴ geführt.

Von den Verbindungen des DGB zur von der SPD betriebenen Ostpolitik kann die Äußerung von H. O. Vetter zeugen aus dem Jahr 1970: „Zu der gegenwärtigen Regierung der Bundesrepublik gegenüber Osteuropa sehen wir die internationale Gewerkschaftspolitik als notwendige Ergänzung“.²⁵ Somit verwundert es nicht, dass es während des ersten offiziellen Treffens von Gewerkschaftern des DGB mit polnischen Gewerkschaftern im April 1970 in Warschau zu Gesprächen kam, die sich auf die allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen bezogen, unter anderen auf die Frage der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Der DGB lehnte die formelle Anerkennung dieser Grenze gemäß der damaligen politischen Linie der Bundesregierung ab. Gleichzeitig wurde in den Gesprächen die humanitäre Frage der Familienzusammenführung angesprochen.²⁶

²³ Ebd.

²⁴ Willy Brandt, „SPD-Pressemitteilungen und Informationen“, Nr. 419/68, 15.9.1968, S. 2.

²⁵ Zitiert nach N. Bégin, *Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich*, „Archiv für Sozialgeschichte“, Nr. 45, 2005, S. 294.

²⁶ W. Fritze, *Die Ostpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 1972, Nr. 10, S. 648.

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Ostpolitik der Bundesregierung spielte der DGB in den achtziger Jahren. Das betraf insbesondere die Beziehungen zu Polen. Wie Erwin Kristoffersen, Leiter der Auslandsabteilung des DGB sagte, „[...] sind die Beziehungen zur Arbeitnehmerorganisation der UdSSR als Führungsmacht des Ostblocks wichtig, wenn man überhaupt Beziehungen zu osteuropäischen Organisationen unterhalten will, den Beziehungen zum polnischen CRZZ besondere Bedeutung zukommt“.

Mitte des Jahres 1980 tauchte ein neuer Mitspieler auf der polnischen Gewerkschaftsbühne auf: Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“ [Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaft „Solidarität“]. Diese Gewerkschaft war nicht den Regierungsstrukturen untergeordnet und gehörte nicht zum politischen Establishment. Die Solidarność trat in erster Linie für Arbeiter und deren Rechte ein, später tauchten auch Forderungen nach Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Polen auf. Die Entstehung der Solidarność zog Konsequenzen politischer-taktischer Natur nach sich. Einerseits war der Westen daran interessiert, den demokratischen Kräften Unterstützung zu gewährleisten. Andererseits war er sich der Gefahren in Verbindung mit der Unterstützung für eine Bewegung bewusst, die sich im Prinzip für einen Wechsel des politischen Systems im Staat aussprach. In einem solchen Dilemma befanden sich die Bundesregierung und alle Organisationen, die aufmerksam die Entwicklung der Lage in Polen beobachteten.²⁷

Vernunft (und internationale Politik) ließen politische Vorsicht walten und sich nicht in die Angelegenheiten eines unabhängigen Staates einmischen. Andererseits sollte man demokratischen Ansichten treu bleiben. Die Lösung für dieses Dilemma war, eine doppelte Politik zu führen: die offizielle Politik der Zurückhaltung und der stillen Unterstützung. Gerade diese Taktik übernahm der DGB, der schon in den 1950er Jahren einen Teil der politischen Aufgaben übernehmen musste. Das war wichtig, weil die parlamentarische Opposition (CDU/CSU) von der Schmidt-Genscher-Regierung forderte, eindeutige Schritte zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter zu unternehmen. Es wurde auch angemahnt, Maßnahmen von Seiten des DGB zu unternehmen.²⁸ Die erste Erklärung des DGB zu den Streiks in Polen wurde am 25. August 1980 veröffentlicht. Darin wurde Interesse und Beunruhigung aufgrund der Ereignisse an der Ostseeküste zum Ausdruck gebracht, aber auch dazu aufgerufen, den Konflikt friedlich beizulegen.²⁹

²⁷ M. Świder, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec wobec Polski w latach 1980–1989*, Opole, 2015.

²⁸ M. Świder, *Niemiecka Federacja*; M. Świder, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec*; A. Trzcielińska-Polus, *Pomoc RFN dla Polski i Polaków w latach 1980–1983 (na podstawie dokumentów Bundestagu IX kadencji)*, in: M. Świder (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm. 1980–1989*, Toruń, 2010, s. 153–174.

²⁹ *DGB-Bundesvorstand zu den Ereignissen in Polen*, „DGB-Nachrichten-Dienst“, Nr. 183/80, 25.8.1980.

Die Entscheidung war im ähnlichen Geist gehalten, wie die Erklärung, die von der Bundesregierung abgegeben wurde.³⁰

Die anfängliche Zurückhaltung des DGB (und der Bundesregierung) wurde in polnischen Regierungskreisen sehr positiv bewertet, wie im September 1980 der Botschafter der Volksrepublik Polen in Köln, Jan Chyliński, im Gespräch mit Hans-Dietrich Genscher sagte.³¹ Allerdings äußerte sich bereits am 19. September 1980 ein Mitarbeiter der Kölner Botschaft, Mirosław Wojtkowski, kritisch über die deutschen Gewerkschaften. Die Regierung in Warschau beobachtete mit großer Beunruhigung deren offene und geheime Maßnahmen. Es ging um die Organisation von Spendensammlungen für Arbeiter oder andere, nicht näher bezeichnete Aktionen. Beunruhigung weckten auch die Maßnahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel, ähnlich wie der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations, AFL-CIO. Nach Ansicht von Diplomaten wurden viele „spontane Aktionen“ von außen gesteuert.³²

Diese Vorbehalte der polnischen Diplomaten spiegelten sich in den Gesprächen wider, die auf breiterer Ebene geführt wurden. Beispielsweise sprach der Botschafter der Volksrepublik Polen in Köln, Jan Chyliński, während eines Treffen mit dem Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, van Wellem, am 31. Oktober 1980³³ kritisch über die Auslandskontakte der Gewerkschaften (in diesem Fall ging es um den DGB) mit den Gewerkschaften der Volksrepublik Polen. Diese Kontakte wurden vom Botschafter als verfrüht angesehen. Das betraf gleichermaßen die „alten“ Branchen-Gewerkschaften als auch die „neuen“. Die „alten“ verfügten – aufgrund des Rückzugs aus dem Zentralrat der Gewerkschaften – noch nicht über eine entsprechende Organisationsstruktur, die fähig gewesen wäre, Kontakte zum Ausland zu halten. Ähnlich war es mit der *Solidarność*. Chyliński deklarierte, dass er in dieser Sache persönlich mit Vetter sprechen würde – es ging darum, die Kontakte zu Gewerkschaften in Polen zeitweise einzustellen.³⁴

An der Haltung der westdeutschen Gewerkschafter waren auch die Politiker auf internationaler Ebene interessiert. Bei einem Gespräch Genschers mit dem US-Außenminister Edmund Muskie wurden die Frage der Einmischung der UdSSR in polnische Angelegenheiten und die drohende Eskalation der Spannung vorgebracht. Unter anderem wurde vom Engagement der internationalen Gewerkschaften für die Hilfe für die NSZZ „*Solidarność*“ gesprochen. Außenminister Genscher war der Meinung, dass es unvernünftig wäre, die Unterstützung der ausländischen Gewerkschaften für die *Solidarność* öffentlich zu deklarieren. Dies könnte

³⁰ Mehr darüber: M. Świder, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec*.

³¹ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (weiter: AAPD) 1980, Dok. 253, Drahterlass des Vortragenden Legationsrats Scheel, 1. September 1980, S. 1324–1329.

³² M. Świder, *Niemiecka Federacja*, S. 67.

³³ AAPD 1980, Dok. 310, Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Botschafter Chyliński, 31. Oktober 1980, S. 1598–1605.

³⁴ Ebd.

als Argument für eine militärische Intervention der UdSSR in Polen dienen. Warnende Gespräche wurden von den Entsandten Moskaus bereits im September 1980 geführt. Beispielsweise warnte Jurij Kwizinski, dass jede, noch so unschuldige Initiative von Seiten politischer Organisationen für sog. freie Gewerkschaften in Polen gegensätzliche Folgen als beabsichtigt nach sich zöge.³⁵

In einer solchen Situation war es ein Problem, das Gleichgewicht zwischen den Kontakten mit neuen und alten Gewerkschaften zu finden. Bei Gesprächen von Vertretern des DGB mit Botschafter Hermes in Washington wurde im Herbst 1980 die Absicht bestätigt, die Beziehungen zu den alten Gewerkschaften in Polen fortzusetzen.³⁶ Gleichzeitig wurde geplant, eine praktische Zusammenarbeit mit den neu entstandenen Gewerkschaften aufzunehmen.³⁷ Georg Leber, Bundestagsvizepräsident und ehemaliger Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden im DGB, forderte Anfang September 1980, Kontakte zu den „neuen“ Leuten in Polen aufzunehmen.³⁸ Dagegen schlug Werner Vitt, Vize-Vorsitzender IG Chemie-Papier-Keramik, indem er die Unterstützung für die „neuen Leute“ in Polen forderte, vor, mit dieser Aktion „nicht anzugeben“.³⁹

Zwar wollte man „spektakuläre“ Aktionen des DGB für die *Solidarność* vermeiden, was jedoch nicht bedeute, dass der DGB in seiner Tätigkeit in Polen durch die Bundesregierung eingeschränkt bzw. kontrolliert worden wäre.⁴⁰ Entwickelte Kontakte hatten praktische Bedeutung, denn bei Gelegenheit nutzte man gerne die Informationen, die die Gewerkschafter bekommen hatten. Im November 1980 kam es zu einem Treffen eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amts mit Mitarbeitern der internationalen Abteilung der IG Metall, dessen Ziel es war, die Haltung des DGB und der IG Metall, aber auch des IBFG und des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) kennen zu lernen. Dabei wurde die Bitte geäußert, das Auswärtige Amt über Reisen von Gewerkschaftern nach Polen zu informieren, sowie dem Ministerium Berichte über die Reisen der Delegationen zur Verfügung zu stellen.⁴¹

³⁵ Archiv der sozialen Demokratie (weiter: AdsD), SPD PV 10919, Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an Willy Brandt, Hans-Jürgen Wischniewski, Egon Bahr, Betr.: Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Kwizinski am 10. September 1980, persönlich, vertraulich.

³⁶ Im Dezember 1980 wurde auf dem 17. Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften (poln. CRZZ), des führenden Gremiums der Vereinigung des Verbands der Gewerkschaften, die Entscheidung gefasst, dessen Tätigkeit vorübergehend einzustellen. Jürgen Hensel, *Solidarność. Die Entstehung neuer Gewerkschaften in Polen*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1981, Nr. 2, S. 93–106.

³⁷ AAPD 1980, Dok. 279, Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt, S. 1432.

³⁸ AdsD, Schmidt 9495, Protokoll über die Sitzung des PV, am 1. September 1980 in Bonn, TO 1 – Die politische Situation vor der Wahl.

³⁹ Ebd. Ausführlich dazu in: M. Świder, *Niemiecka Federacja*, S. 64–67.

⁴⁰ Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (weiter: BStU), MfS HVA 12, Teil 2, Bl. 518, Außenpolitische Informationsübersicht, Nr. 1/81, 5. Januar 1981, Vorstellungen von Bank- und Wirtschaftskreisen der BRD zum weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der VR Polen.

⁴¹ AdsD, IG Metall 5/IGMA071591, Aktenvermerk über ein Gespräch mit Herrn Schlingensiepen, Auswärtiges Amt, Bonn, am 14. November 1980 in Frankfurt/M.

Die stille Hilfe, die damals umgesetzt wurde, war für die polnische Seite günstig, wovon Tadeusz Mazowiecki sprach, als er um Hilfe bat. Die Hilfe sollte Maschinen und Drucker umfassen, aber nicht direkt aus Deutschland kommen. Spenden jeglicher Art sollten aus anderen Staaten versandt werden, z. B. aus der Schweiz.⁴² Die Bitte, die Hilfe aus der Bundesrepublik über die Schweiz zu leiten (es ging um den IMB), war nicht grundlos, angesichts der personellen Verknüpfungen. Vorsitzender des IMB war damals Loderer – der gleichzeitig auch die Funktion des Vorsitzenden der IG Metall ausübte. Darüber hinaus schickte der DGB über skandinavische Kanäle Hilfe an Solidarność. Das lag daran, dass die wichtigsten Partner der Solidarität die norwegischen und schwedischen Gewerkschaften waren, die als Vermittler für den DGB fungierten.⁴³ Diese Aktivität fand im Rahmen der Zusammenarbeit des DGB mit dem Rat Nordischer Gewerkschaften statt, in dem Gewerkschaften aus Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark vertreten waren (und noch immer sind).⁴⁴

Eine andere Form der Unterstützung für die polnische Opposition war, Wałęsa in die Bundesrepublik einzuladen. Er war für die westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre und für die mitregierenden Sozialdemokraten die wichtigste Person, die die Solidarność repräsentiert. Seine Einladung nach Westdeutschland war, im Kontext der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ostblock-Staaten, eine internationale Angelegenheit. Der Termin für den Besuch wurde nicht nur beim DGB und bei der Solidarność diskutiert, sondern auch in diplomatischen Kreisen. Die Einladung Wałęsas durch den DGB spät auszusprechen, war eine taktische Entscheidung. Man wollte in den Regierungskreisen der Volksrepublik keine Emotionen wecken, da man sich der besonderen polnischen Sensibilität gegenüber den Deutschen und ihrem Vorgehen bewusst war. In der Praxis bedeutete dies, dass der DGB nicht „führend“ bei den einladenden Institutionen war, und sich Deutschland somit gegen die Vorwürfe wehren konnte, die Solidarność zu beeinflussen.⁴⁵ Dass es bisher keinen offiziellen Besuch Wałęsas in der Bundesrepublik gab bzw. die bescheidenen Besuche von Gewerkschaftsdelegationen in Polen bedeutete nicht, dass mit der Solidarność nicht gesprochen wurde. Es gab geheime Treffen, beispielsweise kam es bei einem Besuch einer Delegation der Solidarność in Italien zu mehreren streng geheimen Treffen mit

⁴² AdsD, IG Metall 5/IGMA71591, Robert Steiert, Frankfurt, 25. November 1980, Aktennotiz, Kollegen Eugen Loderer, Albert Schunk, Betr.: Polen.

⁴³ Pawel Jaworski schreibt unter anderem über die Beziehungen der schwedischen Gewerkschaften zur Solidarność und die Haltung politischer Kreise zu den Ereignissen in Polen bis zum Ausbruch des Kriegsrechts, *Most przez Bałtyk. Szwecja wobec „Solidarności“ 1980–1982*, Warszawa, 2017. Über die Beziehung von Solidarność zu Skandinavien siehe: P. Jaworski, *Biuro Informacyjne „Solidarność“ w Sztokholmie, 1981–1989*, „Dzieje Najnowsze“, 2013, Nr. 1, S. 149–182.

⁴⁴ AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAJ 000333, Überlegungen zwischen dem DGB und dem NFA, Stockholm, 9. Februar 1983.

⁴⁵ AdsD, DGB-Archiv, NSZZ Solidarnosc 8, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Internationale Abteilung, Erwin Kristoffersen, Herrn Klaus Reiff, 6. August 1981.

Vertretern von Gewerkschaften aus westlichen Staaten, u. a. mit einer Delegation des DGB. Während der Gespräche in Rom soll der deutsche Gewerkschaftsbund als einer der wichtigsten Partner der *Solidarność* bezeichnet worden sein, die ihr große Hilfe leisteten, die nicht hervorgehoben wurde und über die nicht öffentlich gesprochen wurde.⁴⁶ Vieles spricht dafür, dass diese Unterstützung über skandinavische Gewerkschaften geleistet wurde.⁴⁷ Diese Meinungen werden begründet in den Materialien, die vom Bonner Auswärtigen Amt erstellt wurden. Aus ihnen geht hervor, dass die vom DGB an die *Solidarność* geleistete Hilfe die größte von allen europäischen Gewerkschaften war. Im Oktober 1981 wurde davon gesprochen, sie noch auszuweiten.⁴⁸

In Anbetracht der besonderen „Empfindlichkeit“ der polnischen Behörden gegenüber Maßnahmen, die von westdeutschen Parteien und politischen Organisationen eingeleitet wurden, wurde bei Kontakten zur *Solidarność* das Prinzip der Arbeitsteilung zwischen der politischen Partei (hier ging es um die SPD) und den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen angewandt. Davon war die Rede beim Treffen des Arbeitskreises Polen in der SPD-Fraktion in der zweiten Oktober-Hälfte 1981.⁴⁹ Der am Treffen teilnehmende Kristoffersen und alle Versammelten waren sich dahingehend einig, dass die beste Lösung, um die Hilfe für die polnische Bevölkerung fortzusetzen, eine Arbeitsteilung zwischen Partei, Fraktion und DGB wäre. Die einzige Sache, die noch auszuarbeiten wäre, wäre die Koordination der Maßnahmen.⁵⁰

Eine wichtige Ausdrucksform der Unterstützung für die *Solidarność* war der Besuch einer DGB-Delegation auf dem Kongress der *Solidarność* in Danzig, was in politischen Kreisen bemerkt und kommentiert wurde. Das Gespräch von Wischniewski mit dem Botschafter der Volksrepublik Polen,⁵¹ das im September 1981 nach dem ersten Durchgang des Treffens der *Solidarność* stattfand, hatte disziplinierenden Charakter. Ziel war es, Maßnahmen des DGB zugunsten

⁴⁶ BStU, MfS HVA 12, Bl. 478, Außenpolitische Informationsübersicht, Nr. 4/81, 26. Januar 1981. Zum Walesa-Aufenthalt in Italien.

⁴⁷ BStU, MfS HVA 6, Bl. 41–49, Einschätzung über westliche Vorstellungen und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen, Berlin, 19. Mai 1981.

⁴⁸ AAPD 1981, Dok. 311, Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schliengensiepen, 28. Oktober 1981, S. 1653–1659.

⁴⁹ AdsD, Polkehn 182, Zusammenkunft des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 21. Oktober 1981 mit Erwin Kristoffersen, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim DGB Vorstand.

⁵⁰ AdsD, Polkehn 198, Herr Klaus Reiff, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 25. November 1981; ebd.: Prof. Dr. Phil. Helmut Freiwald, zu einem dienstlichen Brief an Herrn Walter Polkehn (MdB), Oldenburg, 27. November 1985.

⁵¹ AdsD, Willy-Brand-Archiv, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums 48, Bl. 245–250, Vermerk, Bonn, 10. September 1981, Betr.: Gespräch des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jürgen Wischniewski mit dem polnischen Botschafter, Herrn Jan Chylinski, am 9. September 1981.

der Solidarność Einhalt zu gebieten, und der Vorwand war der Auftritt von Kristoffersen beim Kongress in der „Oliwia“-Halle und dessen Deklaration der vollen Unterstützung für die Solidarność.⁵² Aus Sicht der polnischen Regierung wurde die Deklaration als deutsche Stimme gegen die PVAP wahrgenommen, und das war, wie der Botschafter betonte, den bilateralen Kontakten nicht dienlich.⁵³ Gegen Ende des Treffens wurde ein Konsens erzielt und festgelegt, dass beim zweiten Durchgang des Treffens der DGB von Ernst Breit vertreten werden sollte. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass der DGB von Kristoffersen repräsentiert wurde, einem Leiter der Auslandsabteilung der DGB, bereits eine gewisse „Verneigung“ in Richtung der polnischen Regierung war. Aus taktischen Gründen wurde darauf verzichtet, dass der Vorsitzende Vetter nach Danzig fuhr. Die Leitung der Delegation durch hohe Gewerkschaftsfunktionäre war Teil der Hilfsaktion und der politisch-moralischen Unterstützung der Solidarność. Daran passten sich die italienischen und französischen Gewerkschaften an.⁵⁴

Der Auftritt von Kristoffersen beim ersten Teil des Kongresses war Gegenstand der Diskussion von vier Außenministern der NATO-Staaten in New York, im September 1981, aus Anlass der UNO-Generalversammlung. Da wurde die Möglichkeit erwogen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation in Polen beruhigen sollten.⁵⁵ Eine von ihnen sollte die Anwesenheit von Vertretern westlicher Gewerkschaften beim Treffen der Solidarność sein, die moderierend und beruhigend auf die Delegierten einwirken könnten. Leider kam es nicht dazu, da Kristoffersen die in ihn gesetzte Hoffnung nicht erfüllte. Sein Auftritt wurde von der polnischen Regierung kritisiert, wovon Czyrek sowohl beim Treffen mit dem US-Staatssekretär Alexander Haig, als auch in Gesprächen mit Wischniewski sprach. Auch die Delegierten der amerikanischen Gewerkschaften konnten sich dieser Aufgabe nicht annehmen, da ihnen nämlich für den zweiten Teil des Treffens kein Visum erteilt wurde.⁵⁶

⁵² BStU, MfS HVA 12, Bl. 78, Außenpolitische Informationsübersicht, Zur Teilnahme westlicher Gewerkschaftsdelegationen am I. Landeskongress von „Solidarność“ (5.–9. September 1981).

⁵³ Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (weiter: AMSZ), Dep. IV 45/84, w-10, Claris D. IV-199/81, o. S., Chyliński – Köln, Warschau, 17. September 1981; E. Kristoffersen, *Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen*, in: W. Plum (Hrsg.), *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*, Bonn, 1994, S. 75–80, hier S. 79.

⁵⁴ BStU, MfS HVA 12, Bl. 78, Außenpolitische Informationsübersicht, Zur Teilnahme...

⁵⁵ Bei diesem Treffen in New York wurde auch über die Reaktion der NATO-Länder im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen gesprochen. Mehr dazu im Artikel: M. Świder, „*Po której stronie wtedy staniemy?*“ Państwa Zachodu wobec groźby wprowadzenia w 1981 roku stanu wyjątkowego w Polsce, in: E. Ganowicz (Hrsg.), *Artificem commendat opus: region – pamięć – polityka. Studia i materiały ofiarowane profesor Danucie Kisielewicz*, Opole, 2018, S. 661–670.

⁵⁶ AAPD 1981, Dok. 271, Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig in New York, 23. September 1981, S. 1427–1439.

Die Zusammenarbeit des DGB mit der Solidarność bereitete den deutschen Gewerkschaften und der Bundesregierung gewisse Probleme mit internationaler Dimension: Der DGB unterhielt freundschaftliche Beziehungen und unterstützte eine Organisation, die in das politische System eingreifen und die sozialistische Gesellschaft des eigenen Landes verändern wollte. Der DGB konnte somit fürchten, der Förderung der Konterrevolution angeklagt zu werden. Die Gefahr wurde noch verstärkt, nach der Veröffentlichung der *Botschaft des ersten Treffens der Delegierten der NSZZ „Solidarność“ an die arbeitenden Menschen Osteuropas*.⁵⁷ Mit diesem Dokument zeigte die Solidarność, dass sie die Veränderungen im politischen System nicht nur auf Polen beschränken will.⁵⁸ Die Reaktion der Länder des Ostblocks war vorhersehbar. Minister Milke war z. B. der Meinung, dass „[d]ie Bemühungen imperialistischer Kreise sind verstärkt darauf gerichtet, die konterrevolutionäre Organisation »Solidarność« als Werkzeug zur Inspirierung antisozialistischer Aktivitäten in den anderen sozialistischen Staaten zu nutzen. Im Ergebnis des I. Landeskongresses von »Solidarność« ist mit stärkeren Versuchen konterrevolutionärer Organisationen und Kräften in der VR Polen zu rechnen, antisozialistische Materialien in die Nachbarstaaten der VR Polen, insbesondere die DDR, einzuschleusen und dort zu verbreiten“.⁵⁹

Eine kritische Einschätzung des Appells tauchte auch auf dem Forum der großen Politik auf.⁶⁰ Minister Genscher und US-Staatssekretär Haig waren überzeugt, dass dieses Treffen tiefgreifenden Einfluss auf Moskau und die Regierung in Warschau hatte.⁶¹ Die Veröffentlichung der *Botschaft des ersten Treffens...* wurde als Überschreiten einer gewissen Grenze bewertet, die von der Sowjetunion festgelegt wurde. Im Ergebnis erwarteten die Minister die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen.⁶²

⁵⁷ Botschaft des Ersten Delegiertentreffens der NSZZ „Solidarność“ an die arbeitende Bevölkerung Osteuropas, Appell, der am 8. September 1981 vom Ersten Nationalen Delegiertentreffen der NSZZ „Solidarność“ verabschiedet wurde. G. Majchrzak, *Niebezpieczny dokument. Posłanie do ludzi pracy Europy Wschodniej*, „Wolność i Solidarność“, 2011, Nr. 2, S. 95–102, http://wis.ecs.gda.pl/images/elfinder/pdf/niebezpieczny_dokument.pdf (abgerufen: 9.4.2022).

⁵⁸ AAPD 1981, Dok. 311.

⁵⁹ BStU, BU Gera/BdL 2815, Bl. 38–39, Beziersverwaltung für Staatssicherheit Gera, Gera, 12. September 1981. Einige Länder schränkten die Kontakte mit Polen ein, z. B. Bulgarien mit der Begründung, dass polnische Touristen für die Solidarność agitierten. Außerdem gab es nach Angaben der bulgarischen Seite das Gerücht, dass es eine Solidaritätsresolution gab, die die Mitglieder verpflichtete, die Solidaritätsidee in sozialistischen Ländern zu propagieren. Archiwum Akt Nowych (weiter: AAN), KC PZPR, Wydział Zagraniczny, XIA/1275, Pilna Notatka, Warszawa, 16. Juni 1981, vertraulich.

⁶⁰ Der Verlauf des Treffens der Solidarność wurde in Bonn sehr intensiv analysiert, was die Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln vermeldete. AMSZ, Dep. IV 46/84, w-3, Bl. 12, Chiffre Nr. 2663/III vom 11. September 1981.

⁶¹ AAPD 1981, Dok. 256, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig, 14. September 1981, S. 1365–1371.

⁶² Ebd.

Angesichts der Spannungen, die durch die Ereignisse an der Weichsel und eine mögliche Intervention der Sowjetunion in Polen hervorgerufen wurden, wurde die Haltung des DGB gegenüber der aktuellen Lage in der Welt im Oktober 1981 zum Thema von Gesprächen im Bonner Auswärtigen Amt.⁶³ Damals wurde Beunruhigung durch einige Maßnahmen linksorientierter Mitglieder des DGB geäußert. Nicht nur die Trotzkisten, für die die *Solidarność* die Erfüllung der Träume von einer Demokratie von unten sein sollte, sondern auch die westdeutschen Kommunisten suchten Kontakte zur *Solidarność*,⁶⁴ wie die Stasi schrieb „indem manchmal gemeinsam mit Gewerkschaften Osteuropas »verdächtige Erklärungen« abgegeben werden“.⁶⁵ Es konnte nicht nur um die Erklärung von Kristoffersen auf dem Treffen der *Solidarność* gehen, sondern auch um andere Aktionen, die von linken Gruppierungen organisiert wurden. Der linke Flügel des DGB hatte große Aktivitäten an den Tag gelegt. Beispielsweise begab sich schon im November 1980 eine Delegation der GEW aus West-Berlin nach Stettin. Während des Besuchs wurde der *Solidarność* ein offizieller Brief von Gerhard Schmidt, dem Vorsitzenden der GEW in West-Berlin, übergeben, in dem die Forderungen der *Solidarność* unterstützt wurden. Diese Gruppe von Gewerkschaftern bezeichnete die Stasi als „Trotzkisten-Clique“. Ihre politischen Bestrebungen sollten sich mit dem Programm des polnischen Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) decken.⁶⁶ Interessanterweise wusste man in den Gremien des DGB eigentlich nicht, weshalb die Kommunisten Maßnahmen dieser Art ergriffen. Diese Gruppe von Gewerkschaftern war relativ schwer zu einer engeren Zusammenarbeit mit der Auslandsabteilung des DGB zu bewegen und nicht immer konnte auf ihre Äußerungen, die manchmal sehr radikal waren, Einfluss genommen werden.

Die Lage des DGB, aber auch die Ostpolitik der Bundesrepublik veränderte sich nach dem 13. Dezember 1981, als zum übergeordneten Problem wurde, eine Strategie für Maßnahmen angesichts des Kriegszustands in Polen festzulegen. Die Bundesregierung unternahm neben diplomatischen Schritten auf internationaler Ebene eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielten, der polnischen Bevölkerung humanitäre Hilfe zu leisten. In diesem Fall wurde dieser Bereich der Ostpolitik zum wesentlichen Teil durch den DGB realisiert.

Bereits wenige Stunden nach der Verhängung des Kriegszustands kam es in der Bundesrepublik zu ersten Demonstrationen, bei denen mehrere Tausend Personen gegen die Ereignisse in Polen und gegen die „Militärregierung“ protestierten.

⁶³ AAPD 1981, Dok. 311.

⁶⁴ Mehr darüber in: K. Sziedat, *Erwartungen im Umbruch. Westdeutsche Linke und das Ende des „real existierenden Sozialismus“*, Oldenburg, 2019.

⁶⁵ AAPD 1981, Dok. 311; BStU, MfS – HA XX/AKG 5616, Bl. 292–295, Bisher festgestellte Personengruppen, die direkt für die Zusammenarbeit mit der „Solidarnocz“ (sic!) in der VR Polen im Operationsgebiet wirksam werden, Nr. 397/81, 13.04.1981.

⁶⁶ Mehr darüber: H. Fehr, *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen: Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*, Opladen, 1996.

Am 13. Dezember wurde in Bochum und West-Berlin protestiert, am 14. Dezember in Heidelberg, am 15. und 17. Dezember in Frankfurt am Main und am 19. Dezember in Bremen und München. Organisiert wurden die Demonstrationen von „Solidarność mit Solidarność“.⁶⁷ An allen diesen Demonstrationen nahmen Gewerkschafter vom DGB teil.

Anfang Januar 1982 fanden die ersten Konsultationen zur Taktik der Vorgehensweise der SPD-FDP-Regierung und der SPD angesichts des Kriegszustands in Polen statt. Auf der Präsidiumssitzung der SPD (die Sitzungen fanden am 11. Januar, am 16. Januar und am 25. Januar 1982 statt) wurde entschieden, dass die Partei gemeinsam mit dem DGB die deutlichste Politik gegenüber Polen führen wird. Ihre Grundlage sollten Maßnahmen in Arbeitsbetrieben sein, mit Hilfe der Betriebsräte und der Vertrauensmänner.⁶⁸ Der SPD-Vorstand schlug ein Treffen mit dem DGB vor, um die gemeinsame Partei- und Gewerkschaftstaktik festzulegen und sich aktiv in Vorhaben für die Solidarność einzuklinken, die von den Gewerkschaften organisiert wurden. Es ging um die Beteiligung der Politiker an der weltweiten Aktion zur Unterstützung der Solidarność am 30. Januar 1982 – International Solidarity Day.⁶⁹ Außerdem sollte ein Appell der SPD für Spenden zugunsten der Polen-Hilfe veröffentlicht werden, die von den Kirchen in der Bundesrepublik und den im DGB vereinten Gewerkschaften organisiert wurde.⁷⁰ Der Effekt davon waren ein Treffen und Gespräche von Mitgliedern des SPD-Präsidiums mit der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) am 5. Januar 1982.⁷¹

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 veränderten sich die Möglichkeiten der Einflussnahme der deutschen Gewerkschaften auf die Ostpolitik des deutschen Staates. Die Regierung von Helmut Kohl schöpfte nicht in einem solchen Umfang wie die SPD aus den gewerkschaftlichen Erfahrungen in den Beziehungen mit den Staaten des Ostblocks. Außerdem fehlte dem DGB ein direkter Gesprächspartner. Die NSZZ „Solidarność“ wurde die Legalität aberkannt, ihre

⁶⁷ Bei „Solidarność mit Solidarność“ waren auch SPD-Mitglieder und Gewerkschafter sehr aktiv. *Solidarność – Demonstrationen in neun deutschen Großstädten*, „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“, Nr. 242, 18.12.1981. Siehe auch unter: M. Świder, *Niemiecka Federacja*, S. 121–146.

⁶⁸ AdsD, Schmidt 6324, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums am 11. Januar 1982.

⁶⁹ Die SPD rief ihre Mitglieder dazu auf, sich an der Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbunds zu beteiligen, indem sie eine Erklärung dazu veröffentlichte. *Jansen ruft zur Polen-Demonstration des DGB auf*, „Sozialdemokratischer Informationsbrief“, Nr. 12/82, 20.1.1982; *Das polnische Volk hat Anspruch auf Solidarität*, „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“, 25.1.1982, S. 1; *Mitteilung für die Presse; diese Aktivität der SPD-Mitglieder wurde von der Regierung in Warschau kritisiert*, „Sozialdemokraten Service“, Nr. 38/82, 26.1.1982.

⁷⁰ *Spenden für Polen!*, „Infodienst der SPD – Intern“, 21.1.1982; *Trauer und Empörung über Polen. Das Wichtigste: Solidarische Hilfe*, „Infodienst der SPD – Intern“, 21.1.1982; *Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion. Betr.: Geschenkpakete nach Polen* [Flugblatt], 9.2.1982.

⁷¹ AdsD, Schmidt 6310, Sitzung des Präsidiums am Montag, dem 25. Januar 1982 in Bonn, Bericht des Präsidiums, Sitzungen des Präsidiums am 16. Dezember 1981, 16. Januar 1982, 18. Januar 1982. Gespräche mit der EKD.

Funktionäre wurden interniert und legaler Handlungsmöglichkeiten entzogen. Die auf Initiative der Regierung in Warschau entstandenen neuen Gewerkschaften wurden von den westlichen Gewerkschaftern nicht akzeptiert. Dabei half nicht mal die Tatsache, dass das verabschiedete Gesetz über Gewerkschaften eines der besten in Europa war, wie im Kreisen der deutschen Gewerkschaftern bewertet wurde. (Die Struktur der neuen Gewerkschaften wurde von Mieczyslaw Rakowski vorbereitet – der sowohl die deutsche Sozialdemokratie als auch die deutschen Gewerkschaften hervorragend kannte. Die Struktur war nach dem Vorbild des DGB aufgebaut.)⁷² Das war die objektive Bewertung, die angesichts der negativen Wahrnehmung der Maßnahmen der Regierung von General Jaruzelski die allgemeine Meinung der polnischen Arbeiter und des Westens nicht ändern konnte.

Die Gewerkschafter vom DGB waren allerdings nicht vollständig der Möglichkeit beraubt, im Rahmen der Ostpolitik der Bundesrepublik tätig zu sein. Vor allem beteiligten sie sich an Initiativen, die die Politik der Regierung mitgestalteten.⁷³ Der DGB sollte außerdem die Möglichkeit haben, die Berichte von offiziellen und inoffiziellen Besuchen von SPD-Delegationen und Personen, die mit den Gewerkschaften verbunden waren, in Polen zu nutzen,⁷⁴ obwohl nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik die deutsch-polnischen Kontakte erschwert waren. Das resultierte aus der Wende in der westdeutschen Außenpolitik, die von Warschau als Rückkehr zum Revisionismus gewertet wurde. Wie Stephan Thomas berichtete, trat im polnischen Außenministerium ein pathologisches Misstrauen gegenüber den Intentionen und der Richtung der Außenpolitik der Bundesrepublik auf. Das bedeutete, dass fast jede Delegation aus Deutschland mit dieser Situation und diesen Ansichten konfrontiert wurde.⁷⁵ Eine gewisse Ausnahme waren die von Warschau geforderten Beziehungen zur SPD, die relativ schnell, nachdem sie in die Opposition gewechselt war, sich von den Restriktionen und der politischen Isolation Polens zurückzog, wofür ein sichtbares Zeichen die Kontakte der SPD zur PVAP waren.⁷⁶ Außerdem konnten die Sozialdemokraten dabei helfen, Beziehungen zu den westlichen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zu knüpfen (insbesondere zur Französischen Sozialistischen Partei).⁷⁷ Wesentlich war, dass die Beziehungen zur SPD von Moskau akzeptiert wurden.

⁷² AdsD, Polkehr 204, Die neue Gewerkschaftsbewegung in Polen, persönlich/vertraulich.

⁷³ Es sei darauf hingewiesen, dass der DGB regelmäßig vom Außenministerium über die wichtigsten außenpolitischen Themen informiert wurde. Dazu gehörten Berichte der deutschen Botschaft in Warschau über die Lage in Polen, auch über die NSZZ Solidarność. Diese Dokumente sind bei der AdsD in Bonn deponiert, zum Beispiel: AdsD, Internationales 426, AA Polen.

⁷⁴ *SPD und Gewerkschaften mögen sich wieder*, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6885367/SPD-und-Gewerkschaften-moegen-sich-wieder.html> (abgerufen: 5.5.2022).

⁷⁵ AdsD, Polkehr 204.

⁷⁶ Mehr dazu: M. Świder, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec*.

⁷⁷ AMSZ, Dep. IV 39/87, w-10, Genosse B. Sujka, Stellvertretender Leiter der Auslandsabteilung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 30. August 1984, Anhang 1: Die Haltung der Opposition und der linken Kräfte in der Bundesrepublik zur Lage in Polen.

Der Botschafter der Volksrepublik Polen in Moskau, Stanisław Kociołek, meldete nach dem Gespräch mit dem Direktor des III. Europäischen Referats des Außenministeriums der UdSSR, Aleksandr Bondarenko, im März 1984 nach Warschau, dass nach Ansicht der sowjetischen Politiker: „[die] SPD [...] unsere Argumente immer besser versteht. Zweckmäßig ist es, die Kontakte zu ihr auszuweiten“.⁷⁸ Zu betonen ist die Tatsache, dass praktisch alle Staaten des Ostblocks an Kontakten zur SPD damals interessiert waren. „Von Kuba bis Vietnam, von der Tschechoslowakei bis zur Sowjetunion“, war das Interesse außergewöhnlich intensiv und in der Vergangenheit nie dagewesen, worüber in einer Analyse geschrieben wurde, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung für Willy Brandt erstellt wurde.⁷⁹

Die SPD konnte außerdem bei der Kontaktaufnahme zwischen den neuen Gewerkschaften (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – Landesweite Vereinigung der Gewerkschaften – im Weiteren: OPZZ) und dem DGB vermitteln. In der Praxis bedeutete das, dass die polnische Seite vielfach versuchte, über die Sozialdemokraten Druck auf Funktionäre des DGB auszuüben. Beispielsweise wurde bei Gesprächen von Wischniewski mit Kazimierz Barcikowski im Jahr 1984 das Problem der Gewerkschaften angesprochen. Bei der Gelegenheit wurde die SPD gebeten, beim Aufbau von Beziehungen der OPZZ zum DGB zu helfen. Das war eine schwierige Aufgabe, denn die Haltung des Hauptvorstands des DGB war allgemein bekannt (negativ gegenüber den neuen Gewerkschaften in der Volksrepublik Polen) und veränderte sich nicht, obwohl es Momente gab, die von der Regierungsseite als eine Änderung der Position des DGB hätten interpretiert werden können. Barcikowski beschwerte sich in einem Brief an Breit darüber, dass trotz des „konstruktiven und produktiven“ Treffens mit ihm Anfang September 1985 ein DPA-Bericht in der Presse veröffentlicht wurde, der die Aufrechterhaltung der vollen Unterstützung des DGB für die Solidarność bezeugte.⁸⁰ In einer Korrespondenz von Breit vom November 1985, diesmal mit Tadeusz Olechowski, dem Botschafter der VR Polen in Köln, ist die Rede von „Besorgnis und Betroffenheit des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die [...] neuerlichen Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten durch polnische Staatsorgane“. Wie man erkennen kann, haben die Gespräche mit polnischen Partnern nicht unbedingt zu einer Änderung der politischen Haltung des DGB geführt.⁸¹

⁷⁸ AMSZ, Dep. IV 38/87, w-5, Notiz vom Gespräch des Genossen Botschafter S. Kociołek mit dem Direktor des III. Europäischen Referats des Außenministeriums [der UdSSR], A. P. Bondarenko, 21. März 1984.

⁷⁹ AdsD, Ehmke 436, Friedrich Ebert Stiftung, Herrn Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, Betr.: Beziehungen zu regierenden Kommunistischen Parteien, 12. Januar 1984, persönlich/vertraulich.

⁸⁰ AdsD, DGB-Archiv, 348, Herrn Ernst Breit dem Vorsitzenden des DGB, Bonn, 12. September 1985.

⁸¹ AdsD, DGB-Archiv, 292, An den Botschafter der Volksrepublik Polen S. E. Herrn Tadeusz Olechowski, Düsseldorf, 4. November 1985.

Die SPD-Politiker konnten auch über ihre Gespräche in Warschau bei der gemeinsamen Sitzung des Parteipräsidiums und der Gewerkschaften berichten und Ernst Breit und Erwin Kristoffersen über ihre Wahrnehmungen informieren, wobei sie eine Milderung der Haltung der Gewerkschaftszentrale erwarteten. Sie konnten auch einen gewissen Druck auf die Vorsitzenden der Branchen-Gewerkschaften ausüben, da sie alle SPD-Mitglieder waren,⁸² zumal sie nicht alle so radikale Ansichten vertraten.⁸³ Beispielsweise war Hermann Rappe – seit 1982 Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, bereit, mit einer Delegation der SPD-Fraktion nach Polen zu reisen, aber nicht als Vorsitzender der Gewerkschaft. Kurz darauf wurde seine Person benutzt, um eine Arbeitsgruppe SPD-PVAP für den Aufbau von Vertrauensmaßnahmen zu gründen. Um die Beziehungen zwischen dem DGB und den Gewerkschaften in der Volksrepublik Polen zu verbessern, wurde Rappe in die offizielle SPD-Delegation aufgenommen, der mit Rakowski unter vier Augen sprechen wollte. Der Gewerkschafter sollte – im Auftrag der SPD – eine „konstruktive Rolle“ beim Prozess des Aufbaus guter Beziehungen zu den Gewerkschaften (nicht zur *Solidarność*) spielen.⁸⁴ Zwar führte der DGB-Vertreter Gespräche mit Rakowski, doch änderte dies nichts an der Grundhaltung des DGB, die immer wieder zwischen dem DGB, der SPD und regierungsnahen Gewerkschaftskreisen in Polen thematisiert wurde.⁸⁵ Das erste Treffen zwischen Ernst Breit, dem Vorsitzenden des DGB, und Jerzy Uziębło, dem stellvertretenden Vorsitzenden der OPZZ, fand im November 1988 anlässlich der Gedenkveranstaltungen in München und Dachau statt.⁸⁶

Die Tatsache, dass deutsche Gewerkschafter sich weigerten, offizielle Beziehungen zu polnischen offiziellen Gewerkschaften (OPZZ) zu unterhalten, bedeutet nicht, dass das Thema nicht bei verschiedenen Gelegenheiten und auf verschiedenen Ebenen diskutiert wurde, auch bei offiziellen Gewerkschaftsgesprächen mit Moskau. Seit der gemeinsamen Erklärung der IBFG, der WVA und des EGB zu Polen am 10. November 1982 waren die gewerkschaftlichen Beziehungen zwischen dem DGB und Moskau in dieser Frage angespannt. Eine Verbalnote des Botschafters der UdSSR in Bonn, in der die Position des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR zu diesem Thema dargelegt wird, könnte dies bezeugen.⁸⁷ In der Folgezeit

⁸² AdsD, PV 805, Aufzeichnung des Gespräches mit Herrn Józef Czyrek, Sekretär des ZK der PVAP am 5. Februar 1984, 10.30 Uhr, im ZK PVAP, Bonn, 29. Februar 1984, Eugen Selbmann.

⁸³ AdsD, PV SPD 805, Arbeitskreis I, Aufzeichnung des Gespräches mit Herrn Kazimierz Barcikowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP am 31. Januar 1984, 15.00 Uhr im ZK der PVAP.

⁸⁴ AMSZ, Dep. IV 38/87, w-3, Chiffre Nr. 343/IV/4764 aus Köln, 5. Oktober 1984, geheim. Weitere Informationen über die Vermittlung der SPD bei der Aufnahme offizieller deutsch-polnischer Gewerkschaftsbeziehungen in: M. Świder, *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec*.

⁸⁵ AdsD, SPD PV 862, Dr Norbert Wiczorek an Dr Hans-Jochen Vogel, MdB, 23. Juni 1987.

⁸⁶ AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 348, Erwin Kristoffersen, Vermerk Kollegen E. Breit, Düsseldorf, 16. November 1988.

⁸⁷ AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAJ502, Internationale Abteilung, Kollegen Ernst Breit, Betr.: Verbalnote der sowjetischen Botschaft in Bonn, Düsseldorf, 28. Dezember 1982.

wurde das Problem der Gewerkschaften in Polen in Gesprächen auf verschiedenen Ebenen immer wieder thematisiert. Unter anderem wurde bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften, Schalajew, am 14. März 1984 gesagt, dass der DGB nicht bereit war, die OPZZ zu akzeptieren und „erwartet, dass die polnischen Arbeitnehmer eine Organisation entsprechend eigenen Vorstellungen erhalten. [...] Solange dieses Problem nicht gelöst ist, wird es keine multilateralen Gewerkschaftskontakte zwischen Ost und West geben können“.⁸⁸

Eine gute Gelegenheit für die Aufnahme deutsch-polnischer Gewerkschaftsbeziehungen bot das Deutsch-Polnische Forum, das bereits in den 1970er Jahren entstanden war und wo auch Gewerkschafter vertreten waren. Besonders aktiv an den Arbeiten des Forums beteiligte sich Erwin Kristoffersen, der praktisch von Anfang an im Lenkungsausschuss als ständiger Vertreter der DGB-Repräsentanten im Forum mitarbeitete, erst als Stellvertreter von Oskar Vetter und ab 1983 als Stellvertreter des neuen DGB-Vertreters im Lenkungsausschuss des Forums – Alois Pfeffer.⁸⁹

In den 1980er Jahren nahm das Deutsch-Polnische Forum wesentlichen Einfluss darauf, nach der Sackgasse, die in den Jahren 1983–1984 eingetreten war, das Eis zu brechen. Bei den Maßnahmen, die darauf abzielten, die Arbeiten des Forums zu reaktiveren, brachte Kristoffersen das Problem eines Vertreters der polnischen Gewerkschaften bei den Beratungen des Forums dar. Da er der Ansicht war, dass die OPZZ kein vollwertiger Repräsentant der Arbeiter in Polen wäre, drohte er, dass, falls am Forum nicht seine früheren Partner teilnehmen würden, d. h. Mitarbeiter oder auch Experten der *Solidarność*, dann würde die Teilnahme der deutschen Gewerkschaften in Frage gestellt. Eine solche Haltung des DGB traf die polnische Seite, obwohl es keine Überraschung war. Da er eine solche Bedingung erwartet hatte, gab Wojna, in einem privaten Gespräch mit Kristoffersen, nicht nur sein Einverständnis dazu, dass ein Vertreter der *Solidarność* an den Beratungen teilnahm, sondern hatte sogar eine vorbereitete Liste mit Namen, die man akzeptieren könnte.⁹⁰ Außerdem tauchte die Suggestion der deutschen Seite auf, die Teilnahme des DGB vom Ausgang der Konsultation mit dem *Solidarność*-Büro in Brüssel sowie vom Ergebnis der Reise Kristoffersens nach Polen und den von ihm dort geführten Gesprächen abhängig zu machen.⁹¹ Kristoffersen besuchte Warschau im Mai 1985, während seines Aufenthalts war er am Grab von Jerzy Popiełuszko

⁸⁸ AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAJ 1454, Betr.: Gesprächspunkte anlässlich der Begegnung mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Schalajew, am 14. März 1984.

⁸⁹ AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 24/9411, Herrn Prof. Dr. Karl Kaiser, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Lenkungsausschuss des Forums Bundesrepublik Deutschland – VR Polen, 7. Dezember 1983.

⁹⁰ AdsD, DGB-Archiv, Int. Abt. 24/9411, Betr.: Sitzung des gemeinsamen Lenkungsausschusses des Forum Polen-Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1984.

⁹¹ Ebd.

und traf sich mit Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek und Jan Strzelecki.⁹² Die Regierung der Volksrepublik nahm schweigend seine Treffen mit Beratern der *Solidarność* zur Kenntnis, was erleichtert wurde durch die Versicherung, die Haltung des DGB habe sich verändert, in die Richtung, bereit zu sein, praktisch eine Zusammenarbeit mit den neuen Gewerkschaften in Polen aufzunehmen.⁹³ Von großer Bedeutung für die Prägung der Ostpolitik der SPD und die internationalen Beziehungen des DGB war die Teilnahme von Kristoffersen am IV. Forum, das vom 21. bis 24. November 1985 in Krakau stattfand. Während der Beratungen kam es bei Flurgesprächen zu einem Treffen des DGB-Vertreterers mit Jerzy Uziębło, der die OPZZ vertrat. Zwar verteidigte Kristoffersen die Haltung des DGB gegenüber der *Solidarność*, jedoch wurden, wie man in Warschau bemerkte, „private Besuche“ von Kristoffersen in Warschau und Uziębło in der Bundesrepublik geplant.⁹⁴

Eine weitere Ebene, auf der die Gewerkschafter aktiv waren, waren Treffen, die bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik organisiert wurden. Dort wurde über laufende politische Probleme diskutiert, einschließlich der deutsch-polnischen Beziehungen, aber auch über die Veränderungen, die in der UdSSR eintraten, nachdem Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU geworden war. Indem sie an diesen Gremien beteiligt waren, konnten sie mit Vertretern von Regierungskreisen interagieren, die die Ostpolitik der Bundesregierung mitgestalteten, wodurch sie deren Richtung direkt beeinflussten. Darüber hinaus war der DGB weiterhin Empfänger der offiziellen Berichte und Lageanalysen, die von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau erstellt wurden. Diese Informationen kamen über das Auswärtige Amt in Bonn herein.

Im Jahr 1988 wurden in Polen die Regelungen für den Verlauf von Besuchen ausländischer Delegationen gemildert. Die Kontakte zur Opposition in Polen riefen keine größeren Emotionen oder negativen Kommentare mehr hervor. Das bedeutete, dass es praktisch ohne Hindernisse zu Treffen von DGB-Vertretern mit der Opposition in Polen kommen konnte. Man traf sich auch mit Vertretern der *Solidarność* im Ausland, z. B. mit Mitarbeitern des *Solidarność*-Büros in Brüssel.⁹⁵

Zu einer deutlichen Belebung der Kontakte kam es im Frühjahr 1989, was mit den Beratungen des Runden Tisches verbunden war. Bei dieser Gelegenheit wurden im DGB einige interessante Analysen der Lage in Polen erstellt: sowohl in Oppositionskreisen als auch in Regierungskreisen. Kristoffersen erstellte eine Analyse der Lage im Regierungslager vor Beginn der Beratungen am Runden Tisch vor, in der er die Notwendigkeit politischer Veränderungen betonte, ohne

⁹² AdsD, Klaus-Peter Schneider – Handakte [ohne Signatur], Internationale Abteilung, Erwin Kristoffersen, Treffen des Lenkungsausschusses für das Forum Bundesrepublik Deutschland / Volksrepublik Polen.

⁹³ AMSZ, Dep. IV 13/88, w-14, Notatka służbowa, „Mini-Forum“, D IV RFN – 22-4-1985.

⁹⁴ AMSZ, Dep. IV 13/88, w-14, Ryszard Wojna, Sprawozdanie z IV. Forum PRL–BRD.

⁹⁵ AdsD, DGB-Archiv, 293, Erwin Kristoffersen, Internationale Abteilung, Vermerk für Ernst Breit, Betr.: Gespräch mit dem *Solidarnosc*-Büro in Brüssel, Düsseldorf, 12. Dezember 1988.

die der Staat nicht funktionieren könnte. Er machte auch auf die Spaltung innerhalb des Regierungslagers aufmerksam.⁹⁶ Die so genannte orthodoxe Gruppe ließ Veränderungen und Reformen grundsätzlich nur im Bereich der Wirtschaft zu, allerdings, ohne ihren Umfang festzulegen, d. h., welche nötig wären und welche akzeptiert werden könnten. Die Reformen, die einen Pluralismus der Gewerkschaften und eine Demokratisierung der Politik umfassten, trafen auf erbitterten Widerstand dieses Teils des Regierungslagers. Auch die Reform-Gruppe war nicht vom Umfang der vorgeschlagenen Veränderungen überzeugt, was sich während des zweiten Teils des X. Plenums des ZK der PVAP und der ideologischen Konferenz von Februar 1989 zeigte. Da ging es um Antworten auf grundlegende Fragen: Welche Politik? Welcher Sozialismus? Welche Partei?

Kristoffersen bewertete auch die *Solidarność*, die indem sie infolge der Beratungen des Runden Tisches mehr erzielte, als sie erwartet hatte, ihre „politische Unschuld“ verlor, indem sie sich mit denen, die sie noch kurz zuvor bekämpft hatte, zu Gesprächen zusammensetzte.⁹⁷ Wie das von der Bevölkerung bewertet würde, blieb für ihn eine offene Frage. Wichtig war hingegen die allgemeine Lethargie, die die Polen ergriff – die Mehrheit der Bevölkerung nahm nicht emotional Anteil an den Beratungen des Runden Tisches, indem sie eine abwartende und skeptische Haltung einnahm. Eine andere Gruppe waren jene, die revolutionäre Veränderungen forderten. Deren Einschätzung und Verhältnis zum Runden Tisch waren unbekannt.

In dieser Zeit wurden für Funktionäre der Opposition Studienreisen durch die Bundesrepublik bzw. gemeinsame wissenschaftliche Seminare organisiert.⁹⁸ Bei einem Seminar, das im März 1989 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet wurde, soll die Delegation der *Solidarność* angeblich die „Gastgeber mit Hilfsersuchen überschüttet haben“, was die SPD insofern beunruhigte, dass Ehmke im Mai ein Treffen von Vertretern aus Partei, Fraktion und DGB vorschlug, um die Politik gegenüber Polen zu harmonisieren.⁹⁹ Die Angelegenheit war dringend, da sowohl in der SPD als auch in der Sozialistischen Internationale und dem DBG „Druck von unten“ spürbar war, der eine positive Antwort auf „zahlreiche Appelle der *Solidarność* und des Bürgerkomitees“ in Bezug auf Hilfe forderte.¹⁰⁰ In dieser Zeit konnte der DGB erneut auf die bundesdeutsche Ostpolitik Einfluss nehmen. Damals unterstützte die Bundesrepublik die Reformkräfte und der DGB

⁹⁶ AAN, KC PZPR, LXXVII-59, Bl. 237–247, Anhang: Erwin Kristoffersen, Vereinbarter Wandel am Runden Tisch? Eindrücke während eines Warschau-Aufenthalts vom 6. bis 12. Februar 1989.

⁹⁷ AdsD, Koschnik 377, Erwin Kristoffersen, DGB-Bundesvorstand, Internationale Abteilung, Erfolg am Runden Tisch. Eindrücke von meinem Besuch in Warschau in der Zeit vom 1. bis 4. April 1989.

⁹⁸ AdsD, Andreas Körting, Herrn Hans Koschnik, Betr.: SPD/Polen, Bonn, 16. November 1989.

⁹⁹ AdsD, Koschnik 337, Prof. Dr. Horst Ehmke, Herrn Erwin Kristoffersen, DGB-Bundesvorstand, Internationale Abteilung, Bonn, 8. Mai 1989.

¹⁰⁰ AMSZ, Depesze przychodząca, Chiffre Nr. 2683/II aus Köln, 19. Mai 1989, vertraulich.

beteiligte sich aktiv daran, die NSZZ Solidarność bei Gewerkschaftsarbeiten zu unterstützen. Unter anderem wurde Büroausstattung geliefert und Seminare zur Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit abgehalten.¹⁰¹

Ohne Zweifel engagierte sich der DGB für die Außenpolitik der Bundesregierung. Seine Kraft war von der Position der politischen Hauptpartei abhängig, mit der der DGB verbunden war – der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zwischen 1969 und 1982 prägte der DGB die Ostpolitik der Bundesrepublik mit und war deren integraler Bestandteil, indem er umfangreiche Kontakte zu Gewerkschaftern des Ostblocks pflegte. Dieses Engagement für die internationale Politik war möglich durch die bereiten Korrelationen auf der Linie Gewerkschaften–politische Partei. Es geht hierbei nicht nur um personelle Verknüpfungen, sondern vor allem um die ideologische und programmatische Verbindung. Zwar nutzte die CDU-FDP-Regierung im geringeren Maße die Kontakte der Gewerkschaft und deren Fähigkeit, sich auf internationaler Bühne zu bewegen, trotzdem kann man nicht sagen, dass der DGB in der Zeit der Helmut Kohl-Regierung keinen Einfluss auf die Außenpolitik der Bundesregierung hatte. Das war möglich dank der engen Verknüpfungen mit der SPD, die selbst in der Zeit, in der sie sich in der Opposition befand, in der Lage war, eine Nebenaußenpolitik zu betreiben, durch die Tatsache der permanenten Teilnahme dieser Partei an internationalen Ereignissen. Manchmal verhielt sich die oppositionelle SPD – durch ihre Politiker – als ob sie Regierungspartei wäre und einen realen Einfluss auf die Gestaltung der großen Politik hätte, wobei sie vom DGB begleitet wurde. Diese Maßnahmen haben die Ausprägung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostblocks, insbesondere in den bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst.

DGB a polityka zagraniczna rządu Republiki Federalnej Niemiec wobec Europy Wschodniej ze specjalnym uwzględnieniem stosunków polsko-niemieckich w latach 80.

Streszczenie

Tekst oparty przede wszystkim na źródłach z archiwów niemieckich i niemieckiej literaturze sekundarnej odpowiada na dwa zasadnicze pytania badawcze: o siłę zaangażowania zachodnio-niemieckiej Federacji Związków Zawodowych w relacje Republiki Federalnej Niemiec z państwami bloku wschodniego na przykładzie dwustronnych stosunków polsko-niemieckich w latach osiemdziesiątych, a także o możliwą korelację między *Ostpolitik* a działalnością DGB w tej dziedzinie. Analizując zarówno realne możliwości wpływu DGB na relacje Wschód–Zachód, zasoby ludzkie oraz międzynarodową pozycję członków i funkcjonariuszy DGB, należy

¹⁰¹ M. Świder, 1989 – rok przełomu i relacje polsko-niemieckie. Wsparcie SPD dla Komitetu Obywatelskiego „Solidarność”, in: J. Karnaś, Ł. Danela (Hrsg.), 25 lat polskiej transformacji systemowej – dokonania i wyzwania, Kraków, 2014, S. 289–300.

podkreślić, że ta centrala związkowa była zaangażowana w politykę zagraniczną rządu federalnego, w tym również w *Ostpolitik*. Siła zaangażowania uzależniona była od pozycji głównej partii politycznej (SPD), z którą związana była DGB, przy czym istniejące korelacje na linii związek zawodowy–partia polityczna wynikały nie tylko z więzi osobistych polityków i związkowców, ale przede wszystkim z więzi ideologicznej i programowej. W dekadzie lat osiemdziesiątych PRL przeżywała głęboki kryzys gospodarczy, społeczny i polityczny. DGB interesowała się kwestiami polskimi i była obecna od początku istnienia Solidarności, po wprowadzeniu stanu wojennego, a także przy próbach zreformowania skostniałego systemu socjalistycznego. Gdy doszło do porozumienia przy Okrągłym Stole oraz częściowo wolnych wyborów parlamentarnych w 1989 r., które otworzyły drogę do demokratycznych zmian w kraju, DGB podjęła współpracę, organizując szkolenia dla demokratycznych partii politycznych i związkowców, a także przysyłając dary rzeczowe dla wzmocnienia opozycji w Polsce w jej działalności politycznej.

The DGB and the Federal Government's Foreign Policy towards Eastern Europe with Special Reference to German-Polish Relations in the 1980s

Abstract

Based primarily on sources from German archives and German secondary literature, the presented study answers two fundamental research questions: (1) the intensity of the involvement of the West German Confederation of Trade Unions (Deutscher Gewerkschaftsbund; DGB) in the Federal Republic of Germany's relations with the Eastern Bloc countries, using the example of Polish-German bilateral ties in the 1980s, and (2) the possible correlation between *Ostpolitik* and the DGB's activities in this area. Analysing the DGB's potential influence on East-West relations, along with its human resources and the international standing of its members and officials, it is crucial to highlight that this union's headquarters played a role in the federal government's foreign policy, particularly in relation to *Ostpolitik*. The extent of this involvement varied depending on the position of the main political party (SPD) with which the DGB was affiliated. The relationships between the union and the political party were influenced by personal connections between politicians and trade unionists, as well as shared ideological and programmatic objectives. During the 1980s, the People's Republic of Poland faced a profound economic, social, and political crisis. The DGB took an interest in Polish issues and became involved from the outset of the Solidarity movement, particularly following the imposition of martial law, as well as in efforts to reform the stagnant socialist system. When the Round Table Agreement and the partially free parliamentary elections of 1989 paved the way to democratic change in Poland, the DGB supported these developments by organising training programs for democratic political parties and trade unionists and by providing in-kind donations to bolster the opposition's political activities.

Literatur

Quellen

Archiv der sozialen Demokratie
 Parteivorstand SPD
 Depositum Walter Polkehn

- Depositum Horst Ehmke
- Depositum Hans Koschnik
- Depositum Helmut Schmidt
- Handakte – Klaus-Peter Schneider
- Archive der sozialen Demokratie (Gesonderte Archive)
 - Willy-Brandt-Archiv
 - DGB-Archiv – IG Metall
 - DGB-Archiv – Internationale Abteilung
- Archiwum Akt Nowych
 - KC PZPR, Wydział Zagraniczny
- Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych
 - Departament IV
 - Depesze przychodzące
- Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
 - Zentralarchiv, Berlin

Quelleneditionen

- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1980*, München 2011.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1981*, München 2012.

Referenzliteratur

- Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus. Richtlinien für Ostkontakte*, Anhang: „Fakten zur kommunistischen Herausforderung“, „SPD Pressemitteilung“, Nr. 41.1960, 1.2.1960.
- Bégin, N., *Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich*, „Archiv für Sozialgeschichte“, Nr. 45, 2005, S. 293–324.
- Das polnische Volk hat Anspruch auf Solidarität*, „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“, 25.1.1982, S. 1.
- DGB-Bundesvorstand zu den Ereignissen in Polen*, „DGB-Nachrichten-Dienst“, Nr. 183/80, 25.8.1980.
- Fehr, H., *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen: Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*, Opladen, 1996.
- Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, *An die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion. Betr.: Geschenkpakete nach Polen* [Flugblatt], 9.2.1982.
- Fritze, W., *Die Ostpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1972, Nr. 10.
- Führer, K. Ch., *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen: Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982*, Bielefeld, 2017.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 6: 1974–1982. *Bundesrepublik Deutschland, neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten*, Baden-Baden, 2008, https://www.ngzg.geschichte.uni-muenchen.de/personen/prof_geyer/geyer/geyer--sozialpolitik-1.pdf (abgerufen: 25.6.2022).
- Gewerkschaftspolitik. Die Ostpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-10-Gewerkschaftspolitik.pdf> (abgerufen: 25.6.2022).

- Hensel, J., *Solidarność. Die Entstehung neuer Gewerkschaften in Polen*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1981, Nr. 2, S. 93–106.
- Hildebrandt, J., *Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969. Die deutsche Frage in den deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen*, https://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/vortragsreihestiftung/vortrag_hildebrandt.pdf (abgerufen: 13.2.2022).
- Hönigsberger, H., *Der parlamentarische Arm: Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung*, Berlin, 2008.
- Jansen ruft zur Polen-Demonstration des DGB auf, „Sozialdemokratischer Informationsbrief“, Nr. 12/82, 20.1.1982.
- Jaworski, P., *Biuro Informacyjne „Solidarności“ w Sztokholmie, 1981–1989*, „Dzieje Najnowsze“, 2013, Nr. 1, S. 149–182.
- Jaworski, P., *Most przez Bałtyk. Szwecja wobec „Solidarności“ 1980–1982*, Warszawa, 2017.
- Kanzler Schmidt: Liebeswerben beim DGB, „Der Spiegel“, 9.8.1979, <https://www.spiegel.de/politik/kanzler-schmidt-liebeswerben-beim-dgb-a-5616943f-0002-0001-0000-000040348963> (abgerufen: 25.6.2022).
- Kempton, K., *Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters*, Filderstadt, 2003.
- Kluncker Heinz (1925–2005), Digitale Bibliothek Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205g.htm> (abgerufen: 18.5.2022).
- Knudsen, D., *The Trilateral Commission and Global Governance. Informal Elite Diplomacy, 1972–82*, London/New York, 2016.
- Kristoffersen, E., *Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen*, in: Plum, W. (Hrsg.), *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*, Bonn, 1994, S. 75–80.
- Küsters, H. J., *Die Wende 1982/83: Der Beginn der Ära Kohl*, „Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, Jhg. 19, 2012.
- Majchrzak, G., *Niebezpieczny dokument. Postanie do ludzi pracy Europy Wschodniej*, „Wolność i Solidarność“, 2011, Nr. 2, S. 95–102, http://wis.ecs.gda.pl/images/elfinder/pdf/niebezpieczny_dokument.pdf (abgerufen: 9.4.2022).
- Mitteilung für die Presse; diese Aktivität der SPD-Mitglieder wurde von der Regierung in Warschau kritisiert*, „Sozialdemokraten Service“, Nr. 38/82, 26.1.1982.
- Müller, S., *Die Ostkontakte der westdeutschen Gewerkschaften, Entspannungspolitik zwischen Zivilgesellschaft und internationaler Politik 1969 bis 1989*, Sozialdemokratie und Kommunismus, Bonn, 2020.
- Rück, F., *Gewerkschaften und Aussenpolitik*, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1952, Nr. 4, S. 193–195, <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1952/1952-04-a-193.pdf> (abgerufen: 25.6.2022).
- Rudzio, W., *Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, 1988.
- Schneider, M., *Darstellung zur Geschichte des Bündnisses von SPD und Gewerkschaften*, in: Langkau, J./Matthöfer, H./Schneider, M. (Hrsg.), *SPD und Gewerkschaften – Zur Geschichte eines Bündnisses*, Bd. 1, Bonn 1994, S. 12–74.
- Schneider, M., *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn, 1989.
- Schröder, W., *SPD und Gewerkschaften: Vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft*, „WSI-Mitteilungen [Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hans Böckler Stiftung)]“, 2008, Nr. 5, https://www.wsi.de/data/wsimit_2008_05_schroeder.pdf (abgerufen: 25.6.2022).
- Schultz, J., *Die Auseinandersetzung der SPD mit dem Kommunismus im Zeichen der Neuen Ostpolitik 1969–1974*, https://madoc.bib.uni-mannheim.de/29348/4/Sozialdemokratie_und_KommunismusErbe2.pdf (abgerufen: 25.6.2022).

- Solidarność – Demonstrationen in neun deutschen Großstädten*, „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“, Nr. 242, 18.12.1981.
- Sommer, T., *Heimliche Herrscher des Westens? Ihr Thema: Entspannung und Welternährung*, „Zeit Online“, 28.10.1977, <https://www.zeit.de/1977/45/heimliche-herrscher-des-westens> (abgerufen: 20.6.2022).
- SPD und Gewerkschaften mögen sich wieder*, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6885367/SPD-und-Gewerkschaften-moegen-sich-wieder.html> (abgerufen: 5.5.2022).
- Spenden für Polen!*, „Infodienst der SPD – Intern“, 21.1.1982.
- Sziedat, K., *Erwartungen im Umbruch. Westdeutsche Linke und das Ende des „real existierenden Sozialismus“*, Oldenburg, 2019.
- Świder, M., 1989 – rok przełomu i relacje polsko-niemieckie. *Wsparcie SPD dla Komitetu Obywatelskiego „Solidarność“*, in: Karnaś, J., Danela, Ł. (Hrsg.), *25 lat polskiej transformacji systemowej – dokonania i wyzwania*, Kraków, 2014, S. 289–300.
- Świder, M., *Niemiecka Federacja Związków Zawodowych wobec wydarzeń w Polsce w latach 1980–1983*, Warszawa/Katowice 2020.
- Świder, M., „*Po której stronie wtedy staniemy?*“ *Państwa Zachodu wobec groźby wprowadzenia w 1981 roku stanu wyjątkowego w Polsce*, in: Ganowicz, E. (Hrsg.), *Artificem commendat opus: region – pamięć – polityka. Studia i materiały ofiarowane profesor Danucie Kisielewicz*, Opole 2018, S. 661–670.
- Świder, M., *Stanowisko Socjaldemokratycznej Partii Niemiec wobec Polski w latach 1980–1989*, Opole, 2015.
- Trauer und Empörung über Polen. Das Wichtigste: Solidarische Hilfe*, „Infodienst der SPD – Intern“, 21.1.1982.
- Trzcielińska-Polus, A., *Pomoc RFN dla Polski i Polaków w latach 1980–1983 (na podstawie dokumentów Bundestagu IX kadencji)*, in: Świder, M. (Hrsg.), *Polityka i humanitaryzm. 1980–1989*, Toruń, 2010, S. 153–174.
- Wilke, M., *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971*, Melle, 1985.
- Willy Brandt, „SPD-Pressemittellungen und Informationen“, Nr. 419/68, 15.9.1968, S. 2.

Małgorzata Świder, Professorin für Geisteswissenschaften im Fachbereich Geschichte, beruflich verbunden mit der Universität der Kommission für Nationale Bildung in Krakau; ihre Forschungsinteressen umfassen die deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen, das deutsche Parteiensystem, insbesondere die SPD, und die polnisch-westdeutsche Gewerkschaftszusammenarbeit (DGB) in den 1980er Jahren (malgorzata.swider@uken.krakow.pl).

Małgorzata Świder, prof. nauk humanistycznych w dyscyplinie historia, zawodowo związana z Uniwersytetem Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie; jej zainteresowania badawcze to powojenne relacje polsko-niemieckie, system partyjny RFN, w szczególności SPD, a także polsko-zachodniemiecka współpraca związkowa (DGB) w latach osiemdziesiątych XX w. (malgorzata.swider@uken.krakow.pl).

Małgorzata Świder, professor of history, professionally affiliated with the University of the National Education Commission in Krakow; her research interests include post-war German-Polish relations, the German party system, in particular the SPD, and Polish-West German trade union cooperation (DGB) in the 1980s (malgorzata.swider@uken.krakow.pl).